

Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 28.08.2023
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:12 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tim Kammer CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Dierk von Essen CDU

Herr Dennis Eike SPD für Tobias zum Buttel

Herr Wilhelm Janßen SPD für Rüdiger Kramer

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Max Kunze B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Dirk Bakenhus UWG

beratende Mitglieder

Herr Timo Merten parteilos

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Günther Henkel

Frau Tabea Kahne

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Patrick Buck von der Nordwest Zeitung

Frau Ina Rehfeld vom Planungsbüro NWP

Herr Wolfgang Salhofen CDU

sowie zwei weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Tobias zum Buttel SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2023
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sammeländerung für Gewerbe- und Industriegebiete
Vorlage: 2023/108
- 6 FDP Antrag - Teilnahme an dem Projekt "Nette Toilette"
Vorlage: 2023/118
- 7 „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ - Antrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG
Vorlage: 2023/117
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2023

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen vom 26.06.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen zwei Anfragen eines Einwohners, die vom Bürgermeister beziehungsweise vom Ersten Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Zunehmende Oberflächenversiegelung in Rastede
- Kontrolle des zulässigen Versiegelungsgrads

Tagesordnungspunkt 5

**Sammeländerung für Gewerbe- und Industriegebiete
Vorlage: 2023/108**

Sitzungsverlauf:

Frau Rehfeld vom Planungsbüro Nordwestplan erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen sowie die vorgesehenen Abwägungsvorschläge für die Sammeländerung der drei Gewerbe- und Industriegebiete. Sie betont, dass auf dieser Basis der nächste Verfahrensschritt mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden kann.

Herr Lehnert weist darauf hin, dass mit der Höhenbegrenzung in erster Linie hohe Werbeanlagen verhindert werden sollten, jedoch jetzt Bedenken seitens der ansässigen Unternehmen geäußert werden, die befürchten, in ihrer weiteren Entwicklung eingeschränkt zu werden. Er hinterfragt, ob es beispielsweise nicht möglich wäre, grundsätzlich als Obergrenze 30 m festzulegen, um die Unternehmen nicht übermäßig einzuschränken.

Frau Rehfeld führt aus, dass es ursprünglich nicht nur darum ging Werbeanlagen zu verhindern, sondern auch um eine Überprägung der Umgebungsbebauung zu vermeiden. Im Übrigen erfolgt schon jetzt durch die Festlegung einer Baumassenzahl eine Beschränkung der Grundstücksausnutzung. So wurde beispielsweise für eine bestehende Gewerbehalle im Bereich des Bebauungsplans 86 bereits eine Baumassenzahl von 9,6 realisiert, sodass bei der dort zulässigen Baumassenzahl von 10,0 nur noch sehr geringe Potenziale für einen höheren Baukörper bestehen.

Herr Segebade macht deutlich, dass die SPD-Fraktion den Argumenten der Verwaltung und des Planungsbüros vollumfänglich folgen kann und sich dafür ausspricht, das Verfahren in das weitere Beteiligungsverfahren zu geben.

Frau Lamers bemerkt, dass die CDU-Fraktion nach Sichtung der Einwände „Bauchschmerzen“ mit den vorgesehenen Höhenbegrenzungen hat, da die Unternehmen seinerzeit die Grundstücke unter anderen Voraussetzungen gekauft haben und nun befürchten, in ihrer Entwicklung beeinträchtigt zu werden. Vor diesem Hintergrund wird sich die Fraktion heute enthalten und zunächst das weitere Beteiligungsverfahren abwarten, um sich anschließend ein abschließendes Urteil zu bilden.

Frau Fisbeck führt aus, dass sich die Verwaltung über Jahre erfolgreich darum bemüht hat, namhafte Unternehmen für die Gemeinde zu gewinnen, sodass es aus ihrer Sicht ein Fehler ist, jetzt die Betriebe in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich niemand die Entscheidungsfindung leicht macht, aber es auch Aufgabe der Politik ist, die Interessen aller Beteiligten im Einklang zu bringen. Hinsichtlich der privaten Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren macht er

deutlich, dass es mehr bedarf als allgemeine Eingaben, sondern konkrete Ausführungen zu anstehenden Bauvorhaben, damit sich die Politik thematisch im weiteren Verfahren damit auseinandersetzen kann.

Herr Segebade ergänzt, dass die Tür zum jetzigen Zeitpunkt nicht zugeschlagen wird, sondern erforderliche und sinnvolle Änderungen durchaus noch erörtert und im weiteren Verfahren mit einbezogen werden können.

Beschlussempfehlung:

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen am 28.08.2023 berücksichtigt.
2. Dem Entwurf der Sammeländerung zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 15a „Industriegebiet Liethe“, 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 86 „Gewerbegebiet Autobahnkreuz Oldenburg-Nord“, 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 98 „Industriegebiet Hohe Looge“ einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	4
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

FDP Antrag - Teilnahme an dem Projekt "Nette Toilette"
Vorlage: 2023/118

Sitzungsverlauf:

Frau Fisbeck bedauert eingangs die aus ihrer Sicht unzureichende Darstellung der Thematik in der Vorlage und stellt insofern noch einmal ausführlich ihren Antrag mit einigen praktischen Beispielen vor. Sie betont, dass erste Ansätze wie die Kooperation mit dem Bahnhofslokal positiv zu werten sind, jedoch sowohl auswärtige Gäste als auch teilweise Einheimische nichts davon wissen, sodass es aus ihrer Sicht sinnvoll ist, beim HGV und den Gastronomen abzufragen, wer Interesse daran hat, mit einem entsprechenden Hinweisschild und einer Darstellung auf einer eigens entwickelten App an dem Projekt „Nette Toilette“ mitzuwirken.

Herr Henkel legt dar, dass der Antrag selbstverständlich umfassend behandelt wurde und seitens der Verwaltung seit Jahren erfolgreich versucht wird, Kooperationen mit Gastronomen einzugehen und obendrein auch aktuell mit der Firma Dau und einem möglichen Pächter über ein Kooperationsmodell am neuen Dorfplatz in Hahn-Lehmden nachgedacht wird. Letztendlich bleibt lediglich die Frage der örtlichen Kennzeichnung offen, die mit relativ einfachen Mitteln geklärt und umgesetzt werden könnte.

Herr Segebade unterbreitet den Vorschlag, die Residenzort Rastede GmbH zu bitten, mit dem HGV und den örtlichen Gastronomen zu sprechen, um zu klären, ob und inwieweit Bereitschaft im Ort besteht, Toiletten kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Im Nachgang könnten entsprechende Aufkleber entwickelt und das Projekt somit in Eigenregie als sogenannte Rasteder Lösung umgesetzt werden.

Frau Lamers unterstützt den Vorschlag von Herrn Segebade ausdrücklich und zeigt sich erfreut darüber, dass die Verwaltung bereits weiterführende Gespräche in Hahn-Lehmden führt, um eine Toilettennutzung in Form eines Kooperationsmodells am neuen Dorfplatz zu ermöglichen. Dessen ungeachtet moniert sie den Zustand der öffentlichen Toiletten, die häufig aufgrund von Vandalismus-Schäden abschreckend wirken.

Frau Fisbeck berichtet, dass sie bereits mit der Residenzort Rastede GmbH die Thematik erörtert hat und der Geschäftsführer, Herr Piwowar, bereit wäre, Gespräche mit den HGV und den Gastronomen zu führen, um möglichst viele Mitstreiter vom Projekt zu überzeugen.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass bei der Toilettenthematik große Probleme mit der Barrierefreiheit bestehen, sodass bei den weiteren Überlegungen die Personengruppe mit einbezogen werden sollte.

Bürgermeister Krause legt abschließend dar, dass sich die Residenzort Rastede GmbH im regelmäßigen Austausch mit dem HGV und der Gastronomie befindet, sodass ausgehend von einer bereits guten Ausgangslage die Thematik mit der aufgezeigten Zielsetzung weiterverfolgt werden sollte.

Sodann fasst der Ausschussvorsitzende Herr Kammer die Diskussion zusammen und lässt über den aus der Mitte des Ausschusses formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Residenzort Rastede GmbH wird gebeten, auf Grundlage der bereits bestehenden Kooperationen weiterführende Gespräche mit dem HGV und den örtlichen Gastronomen zu führen, um das Projekt „Nette Toilette“ auf die Rasteder Bedürfnisse zuzuschneiden und anschließend umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

**„Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ - Antrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG
Vorlage: 2023/117**

Sitzungsverlauf:

Herr Hoffmann stellt eingangs noch einmal umfassend den Antrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG vor und macht dabei insbesondere darauf aufmerksam, dass es viele Gründe gibt, verkehrspolitisch lokal zu handeln und die Gesetzgebungskompetenz auf die kommunale Ebene zu transformieren. Beispielsweise könnte so vor Ort der CO₂-Ausstoß verringert, weniger Lärm erzeugt und ein faires Verhalten der Verkehrsteilnehmer gefördert werden. In diesem Zusammenhang bemerkt er aber auch, dass ein möglicher Beitritt zur Initiative nicht bedeutet, dass künftig auf allen Straßen in der Gemeinde Tempo 30 gelten soll.

Herr Merten begrüßt den vorgelegten Antrag ausdrücklich, führt allerdings aus, dass keine realen politischen Konsequenzen damit einhergehen, sodass er gerne einen Prüfauftrag damit verbinden möchte. Er beantragt darauf hin, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: *„Die Verwaltung wird zudem beauftragt, eine Prüfung vorzunehmen, auf welchen Straßen innerhalb der Gemeinde Rastede bereits jetzt eine Reduzierung des Tempolimits von 50 auf 30 km/h rechtlich zulässig wäre. Das Ergebnis der Prüfung wird in einer gesonderten Vorlage öffentlich kommuniziert und eine Abstimmung im Rat über eine tatsächliche Geschwindigkeitsreduzierung auf den dafür zulässigen Straßen in der Gemeinde durchgeführt.“* Geeignet für ein Tempolimit sind aus seiner Sicht, beispielsweise die von Schülern häufig frequentierte Schlossstraße und die Bahnhofsstraße.

Bürgermeister Krause warnt davor, einen arbeitsaufwendigen und pauschalen Prüfauftrag zu vergeben, und weist darauf hin, dass es sinnvoller wäre, Anfragen für konkrete Anliegen vorzunehmen, die in Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde nach einem Ortstermin aufgearbeitet und entschieden werden könnten.

Herr Hoffmann führt ergänzend aus, dass mit der Arbeitszeit und den Ressourcen in der Verwaltung grundsätzlich sparsam umgegangen werden sollte, sodass er dem Vorschlag des Bürgermeisters folgen und es beim ursprünglichen Antrag belassen würde.

Herr Lehnert legt dar, dass der Antrag der Mehrheitsgruppe im ersten Moment sehr nett erscheint, aber in der Sache gefährlich und kontraproduktiv ist, zumal er die rechtlichen Möglichkeiten ignoriert, die die Kommunen bereits haben. Er plädiert dafür, anstatt Schilder aufzustellen und Tempo 30 als Allheilmittel zu betrachten, eher bauliche Maßnahmen beispielsweise zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur auf den Weg zu bringen. So könnte unter anderem mithilfe eines entsprechenden Budgets ein Radweg in Fahrtrichtung an der Ostseite der Oldenburger Straße oder eine Straßenquerung auf Höhe der Buchenstraße angelegt werden.

Frau Fisbeck befürchtet, dass der Antrag das Ziel verfolgt, die Autos trotz vorhandener Probleme mit dem regionalen ÖPNV weiter zurückzudrängen. Sie stellt heraus,

dass auch in Zukunft gerade im ländlichen Raum die Bevölkerung Kraftfahrzeuge benötigt und im überwiegenden Maße nur der Individualverkehr in absehbarer Zukunft die Mobilität in der Region sicherstellen kann.

Bürgermeister Krause gibt hinsichtlich der Ausführungen von Frau Fisbeck zu verstehen, dass die Kommunen im ständigen Austausch mit der VWG stehen und obendrein nicht unerhebliche Zuschüsse zur Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum zahlen. Dessen ungeachtet trägt auch der ehrenamtlich fungierende Bürgerbusverein mit dazu bei, die Mobilität im Außenbereich der Gemeinde Rastede zu erhöhen.

Herr Bakenhus führt aus, dass die Kommunen derzeit bei der Verkehrsregelung komplett fremd bestimmt sind und allen Beteiligten klar sein sollte, dass die Politik vor Ort am besten weiß, wo in Rastede das Tempo reduziert werden muss.

Herr Segebade ergänzt in diesem Zusammenhang, dass es richtig ist, ein entsprechendes Zeichen nach Hannover und Berlin senden, um die Zuständigkeiten mehr in Richtung Kommunen zu lenken.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Kammer über den weitergehenden Antrag von Herr Merten abstimmen.

Bei 0 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Nachfolgend lässt Herr Kammer über den in der Vorlage formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde Rastede schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an und zeichnet deren Positionspapier mit.

Die Gemeinde schließt sich insbesondere den Kernpositionen der Initiative an:

- a) Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
- b) Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr – auch auf Hauptverkehrsstraßen – als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzeptes und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
- c) Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
- d) Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (unter anderem zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um gegebenenfalls bei den Regelungen beziehungsweise deren Anwendung nachsteuern zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Anfragen und Hinweise

Öffnungszeiten der Bücherei

Auf Nachfrage von Herrn Bakenhus erläutert Bürgermeister Krause, dass die Öffnungszeiten der Bücherei nur temporär aus Krankheitsgründen eingeschränkt wurden. Sobald sich die Situation wieder normalisiert, erfolgt die Umstellung auf „Normalbetrieb“.

Logemanns Damm

Herr Segebade informiert, dass im Verlauf des Logemanns Damm im Kurvenbereich ein Hinweisschild auf ein Unternehmen kostengünstig an einen gemeindeeigenen Baum befestigt wurde.

Beetpflege

Herr Dierk von Essen legt dar, dass nach wie vor die Grünpflege im Gemeindegebiet Mängel aufweist und der Zustand der Beete im Allgemeinen zu wünschen übrig lässt.

Herr Henkel führt aus, dass der Bauhof krankheitsbedingt erhebliche personelle Ausfälle zu verzeichnen hat und mit den Arbeiten entsprechend im Rückstand geraten ist. Darüber hinaus sind mit dem für die Pflege des Straßenbegleitgrüns beauftragten Unternehmen Gespräche hinsichtlich des ebenfalls vorhandenen Arbeitsrückstandes geführt worden, wobei das Unternehmen versicherte, die ausstehenden Arbeiten zeitnah nachholen zu wollen.

Hinweis: Seit Beginn der Woche ist das extern beauftragte Unternehmen mit der Pflege der Beete entlang der Oldenburger Straße beschäftigt.

Tagesordnungspunkt 9

Einwohnerfragestunde

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Bürgermeister beziehungsweise vom Ersten Gemeinderat beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Rücknahme der vor einigen Jahren getroffenen neuen Vorfahrtsregelung in der Eichendorffstraße und Danziger Straße.

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 18:12 Uhr.